

BSU
000157

Sie sind besonders darauf zu richten,

- gesicherte Erkenntnisse über das Persönlichkeitsbild der beteiligten Personen, ihr Verhalten im Arbeits-, Wohn- und Freizeitbereich sowie zu den Verbindungen in bzw. außerhalb der DDR zu erarbeiten;
- die Ursachen, Motive bzw. Beweggründe für die Antragstellung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Pläne und Absichten umfassender in Erfahrung zu bringen, um die in diesem Zusammenhang auftretenden sicherheitspolitischen Probleme, wie den Einfluß der feindlichen Kontaktpolitik und -tätigkeit, die zu erwartenden Folgen und Gefahren durch Vorliegen von Ausschlußgründen, zu erwartende operativ bedeutsame Rückverbindungen im Genehmigungsfall und andere umfassender operativ einzuschätzen, damit gesicherte differenzierte Entscheidungen getroffen werden können.

Dabei sind besonders zu beachten mögliche negative Folgen durch Einreisen in die DDR von übersiedelten Personen und die sich daraus ergebenden Erfordernisse zur Prüfung, ob zur Abwendung von Gefahren für die DDR die Einleitung einer Reisesperre notwendig ist.

Weiterhin ist zu sichern, daß in den Fällen der Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, in denen sich der Antragsteller in Haft befindet, die Prüfung und Vorbereitung der Entscheidung bereits während der Haft erfolgt, um zu gewährleisten, daß die Übersiedlung unmittelbar nach der Haftentlassung realisiert wird, damit erneute Straftaten ausgeschlossen werden.